

# **Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung**

## **Antrag**

**der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14**

Deutscher Bundestag Verteidigungsausschuss
Ausschussdrucksache 18(12)793
26.09.2016 - 18/3269
1110-3

## **- Einzelplan 14 -**

### **Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:**

Der Verteidigungsausschuss stellt fest, dass der Einzelplan 14 ein signifikantes Einsparpotenzial in Milliardenhöhe bietet. Deshalb wird das Bundesministerium der Verteidigung aufgefordert, eine grundlegende Aufgabenkritik der Bundeswehr durchführen, mit dem Ziel die Fähigkeiten der Streitkräfte im europäischen und nordatlantischen Rahmen einzubetten, wo möglich zu bündeln und unnötige Doppelungen von Fähigkeiten abzubauen. Hierzu ist eine sicherheitspolitisch sinnvolle Priorisierung der Ausgaben für Beschaffung nach wie vor zwingend erforderlich.

### **Begründung:**

Die Bundesregierung hat mit dem 2016 vorgelegten Weißbuch die Chance verpasst, nachhaltige und realistische Schlussfolgerungen für die Fähigkeiten der Bundeswehr im europäischen und NATO-Kontext zu ziehen und diese in der Bundeswehrstruktur abzubilden.

Die Bundeswehr ist eine Bündnisarmee. Insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage, müssen ihre Fähigkeiten integral in ein gemeinsames und arbeitsteiliges Fähigkeitsprofil aller Partner eingebunden und mit diesen abgestimmt sein. Sowohl im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union als auch innerhalb der NATO werden vermehrt Ansätze der Lasten- und Arbeitsteilung erörtert. Die weitere und tiefere Integration der Streitkräfte im Bündnis ist zwingend erforderlich, um den sicherheitspolitischen, haushälterischen und demografischen Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.

Deutschland ist nach wie vor keiner unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt. Fest in Bündnisse integriert, muss es in angemessener Weise auf die Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsbedürfnisse seiner Partner eingehen können. Ferner soll die Bundeswehr dazu in der Lage sein, sich gemeinsam mit Bündnispartnern im Auftrag des Parlaments an Missionen zur Krisenbewältigung, Friedenssicherung und Gewaltverhütung beteiligen zu können. Größe, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr müssen auf diese Rahmenbedingungen ausgerichtet sein.

Der Neuausrichtung der Bundeswehr war keine fundamentale Aufgabenkritik vorangegangen, die eine solche Arbeitsteilung von Grund auf berücksichtigte. Ferner wurde über Jahre versäumt, Priorisierungen im Fähigkeitenportfolio zugunsten der Durchhaltefähigkeit vorzunehmen und dies mit den europäischen und NATO-Partnern abzustimmen. Im Ergebnis führt dies zu einer erheblichen Belastung der Soldatinnen und Soldaten.

Die angekündigte Trendwende Material und die damit verbundenen zusätzlichen rüstungsinvestiven Ausgaben in Höhe von 50 Milliarden Euro finden bisher keine Umsetzung. Im Gegenteil erhöht sich die Bugwelle der notwendigen zusätzlichen jährlichen Investitionen bereits jetzt von 3,6 auf 3,8 Milliarden Euro. Diese Beträge sind als jährliche Aufwüchse als unrealistisch hoch anzusehen. Vor diesem Hintergrund ist eine Priorisierung von Beschaffungen für die Bundeswehr weiterhin zwingend erforderlich. Die Leitung der Bundeswehr ist gefordert, eine realistische Haushaltsplanung vorzulegen, die den Zeitraum der angekündigten Trendwende Material bis 2030 abdeckt.

Beschaffungen müssen endlich daran gemessen werden, ob sie für die wahrscheinlichen Einsatzszenarien der Bundeswehr notwendig sind. Investitionen in Kampfpanzer, die mehrere hundert Millionen Euro binden, sind schon allein angesichts von Ausstattungslücken in anderen Bereichen, die eine weitaus höhere Relevanz für die Auslandseinsätze der Bundeswehr besitzen, nicht nachvollziehbar. Vor allem aber wird damit ein falsches sicherheitspolitisches Signal gesendet. Dies führt nicht zu mehr Frieden und Sicherheit, sondern befeuert die bereits angelaufene Eskalationsdynamik. Die Aufgabe überholter Fähigkeiten wie der nuklearen Teilhabe und damit verbundenem Gerät, könnten erhebliche Beträge eingespart werden.

In den vergangenen Haushaltsjahren ist es im Kapitel „Militärische Beschaffungen“ zudem stets zu Minderabflüssen gekommen ist. Es ist davon auszugehen, dass die Rüstungsausgaben weiterhin zu hoch beziffert wurden und es demnach wieder zu hohen Minderabflüssen kommen wird.

Berlin, den 28.09.2016



Agnieszka Brugger

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB